

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1992)
Heft: 19: GAV als Schutz : ungeschützte Arbeitsverhältnisse

Rubrik: Und sie bewegt sich doch : Chronologie der bewegten Ereignisse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

5. September 1992: GBH + GTCP = GBI

Mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung haben die knapp 400 Delegierten den Fusionsvertrag und die Statuten der neuen «Gewerkschaft Bau und Industrie» (GBI) angenommen. Die Fusion der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) mit der Gewerkschaft Textil Chemie Papier (GTCP) zur grössten Schweizer Gewerkschaft wird somit auf den 1. Januar 1993 vollzogen. Ziel der neuen Gewerkschaft ist die Konzentration der Kräfte, um die Gewerkschaftsbewegung über die traditionellen Organisationsbereiche hinaus insbesondere für Frauen, Jugendliche, Angestellte und Beschäftigte mit prekären Arbeitsverhältnissen zu öffnen. An der Spitze der GBI stehen Vasco Pedrina als Präsident (bisher GBH-Präsident) und Hans Schächli als Vizepräsident (bisher GTCP-Präsident) – beide Trägerschaftsmitglieder der DiSKUSSiON.

8. September 1992: Warnstreik der Basler ÄrztInnen

Mit Arbeitsunterbrüchen und einer Demonstration protestierten rund 300 Basler Assistenz- und OberärztInnen der staatlichen Spitäler gegen die Streichung einer Kompensations-Ferienwoche für ÄrztInnen, die weniger als 55 Stunden wöchentlich arbeiten.

16. September 1992: Warnstreik der Staatsangestellten im Jura

Mehrere hundert jurassische BeamtInnen, LehrerInnen und Angestellte von Spitälern und sozialen Institutionen legten für zwei Stunden ihre Arbeit nieder, um gegen die im Kantonsbudget 1993 vorgesehenen Lohnkürzungen zu protestieren.

28./29. September 1992: Verkäuferinnen-Streik in Bern

Mit einem zweitägigen Warnstreik kämpften die Verkäuferinnen der «Big-Mack»-Boutiquenkette, die sich im Konkurs befindet, für die Aus-

zahlung der ausstehenden Löhne. Organisiert wurde der Streik von der Gewerkschaft Verkauf Handel Transport Lebensmittel (VHTL).

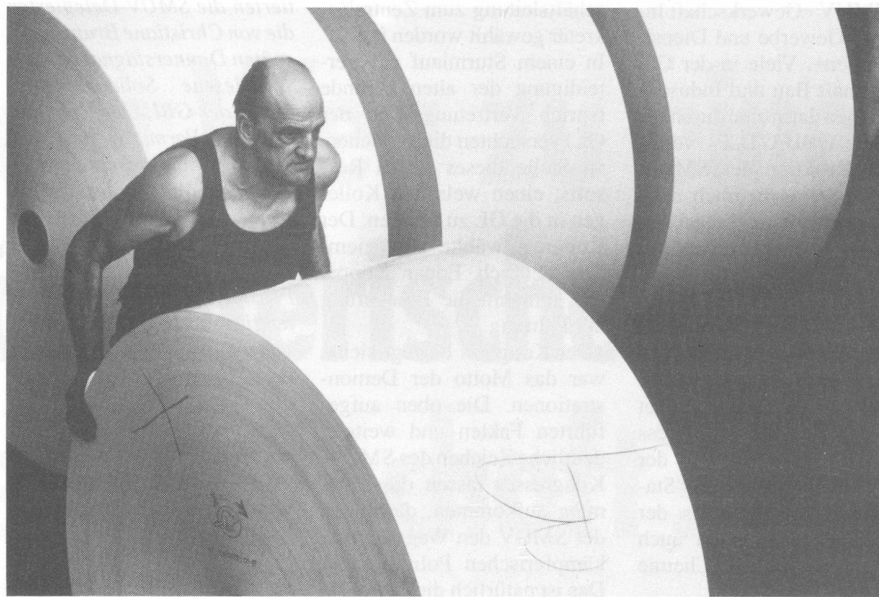
1. Oktober 1992: VPOD-Aktionstag bei der Swissair

Am Aktionstag des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) protestierten 3000 Swissair-Angestellte in den Flughäfen Zürich und Genf «gegen Abbau und Willkür bei der Swissair». Anlass waren die gescheiterten Verhandlungen um einen neuen Gesamtarbeitsvertrag für das Swissair-Bodenpersonal. Falls kein neuer GAV zustande kommt, droht der VPOD mit einem Streik im Januar.

12. Oktober 1992: SGB sagt Ja zum EWR

Mit 81 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen sprach sich die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) klar für den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) aus. Notfalls will aber

UND



SIE

bewegt sich doch

CHRONOLOGIE DER BEWEGTEN EREIGNISSE

der SGB eine Volksinitiative zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping vorbereiten.

15. Oktober 1992: Demo des Genfer Staatspersonals

Über 1500 Staatsangestellte folgten dem Aufruf des Genfer Gewerkschaftskartells der öffentlichen Dienste und demonstrierten gegen die Sparmassnahmen des Genfer Staatsrates. Ursprünglich war anstelle der Protestkundgebung ein weiterer Streik geplant, nachdem das Staatspersonal in diesem Jahr bereits zweimal die Arbeit niedergelegt hatte. Für das Gewerkschaftskartell ist damit der Streikbeschluss aber noch nicht vom Tisch, sondern nur aufgeschoben.

22. Oktober 1992: Demos gegen Lohnabbau in Basel, Zürich und Winterthur

Insgesamt über 10 000 Beschäftigte aus der Privatwirtschaft und den öffentlichen Diensten protestierten in Basel, Zürich und Winterthur gemeinsam gegen Lohn- und Personalabbau sowie gegen

die «soziale Verwilderung». Im Mittelpunkt der von den SGB-Gewerkschaften und Gewerkschaftsbünden organisierten Kundgebungen stand die zunehmende Willkür der öffentlichen und privaten Arbeitgeber, die keine Gelegenheit ausliessen, um die Gesamtarbeitsverträge und den Teuerungsausgleich abzubauen. Im öffentlichen Dienst wurden weitere Protestaktionen bis hin zu Streiks angekündigt.

24. Oktober 1992: Vertragskündigung im Marmor- und Granitgewerbe

Anfang dieses Jahres streikten die Marmor- und Granitarbeiter erfolgreich gegen die Kündigung des Gesamtarbeitsvertrages durch die Arbeitgeber. Nun droht ein neuer Arbeitskampf: Nachdem sich die Arbeitgeber in den Verhandlungen um die Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrages «äusserst kompromisslos» gezeigt haben, beschlossen die Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) und der Christliche Holz- und Bauarbeiterverband (CHB) ihrerseits, den Gesamtarbeitsvertrag auf Ende Jahr zu kündigen.

26. bis 31. Oktober 1992: Aktionswoche der GBI

Mit Versammlungen, Flugblattaktionen und Diskussionsveranstaltungen auf Baustellen in der ganzen Schweiz protestierte die Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) gegen die «koordinierte Abbaustrategie der Arbeitgeber» und für die Einhaltung des geltenden Landesmantelvertrages. Den Abschluss der Aktionswoche bildete eine *interprofessionelle Versammlung* mit 800 Delegierten in Bern. Bund, Kantone und Gemeinden wurden aufgefordert, sozial und ökologisch sinnvolle Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu tätigen.

28. Oktober 1992: Demo gegen Arbeitsplatzabbau in Zug

Etwas über 200 Personen nahmen im strömenden Regen an

einer von SMUV, CMV und LfSA organisierten Kundgebung gegen den Abbau von Arbeitsplätzen teil. Am 8. Okto-

statt. Am Freitagmorgen sammelten sich die Gäste und Delegierten im Berner Kurssaal, um gleich in Richtung



ber meldete die Weltwoche, dass die Landis & Gyr den Abbau von 500 Arbeitsplätzen plane. Das L&G-Management liess sich zwei Wochen Zeit, um die Öffentlichkeit direkt zu informieren: Die Zählerproduktion wird nach Griechenland und Deutschland verlegt, was den Abbau von 450 Arbeitsplätzen in Zug zur Folge haben wird. Der Zuger Gewerkschaftsbund reagierte prompt auf die Meldung der Weltwoche und organisierte am 15. Oktober eine Aussprache für die Betroffenen, an der 200 Leute teilnahmen. Die Flugblätter wurden von Zuger PolitikerInnen vor den Toren der L & G verteilt. In einem offenen Brief an Stephan Schmidheiny, Hauptaktionär der Landis & Gyr, forderten 15 prominente ZugerInnen: «Nach dem ökologischen ist jetzt ihr soziales Gewissen gefragt!»

5. bis 7. November 1992: SMUV-Kongress

Unter dem Motto «der Kongress bewegt sich» fand ein Teil des SMUV-Kongresses buchstäblich «auf der Strasse»

Bundeshaus zu marschieren. Dort wurde Bundesrat Delamuraz eine Protestresolution gegen die Untätigkeit der Behörden gegenüber der wachsenden Arbeitslosigkeit überreicht. Danach fuhren die Delegierten mit Bussen nach Vevey, wo sie vor den Toren der «Ateliers de constructions de Vevey» protestierten. Erst einige Tage zuvor war die Entlassung der letzten 150 ArbeiterInnen des Betriebes bekanntgegeben worden.

Die Abkürzung SMUV bleibt zwar, die Ausschreibung ändert jedoch. So hat der Kongress beschlossen, dass SMUV inskünftig als «Gewerkschaft Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen» ausgeschrieben wird. Am Samstag übernahm zum ersten mal eine Kollegin das Präsidium. Ohne Opposition wurde Christiane Brunner zur SMUV-Präsidentin gewählt.

Ein kämpferischer SMUV? Die Demonstration am Freitag und die Präsidialansprache von Christiane Brunner waren deutliche Zeichen in diese Richtung. Hoffen wir, dass es nicht nur Zeichen bleiben!

(Siehe Kommentar von B. Bollinger, S. 29)